

massiven Zunahme gegnerischer Beeinflussung unter Mißbrauch im Innern der DDR liegenden Ansatzpunkte ergeben können, eine hohe Signifikanz im Prozeß der Änderung egoistisch-individualistischer Einstellungen zu feindlich-negativen Positionen und für ihr Umschlagen in feindlich-negative Handlungen besitzen.

BStU

000193

Eine weitere Problemstellung verbindet sich mit den in der DDR existierenden Einrichtungen der Kirchen und Religionsgemeinschaften sowie der Religion als idealistische Weltanschauung und als jahrtausendealte Staatsideologie der verschiedensten Ausbeuterklassen. Dem Wesen nach stellen Kirchen und Religionsgemeinschaften sowie die Religion direkte Rudimente vorsozialistischer Gesellschaftsordnungen dar. Der Gegner findet in diesem Bereich vielfältige Ansatzpunkte, die sich u. a. aus folgendem ergeben: Bestimmte reaktionäre kirchliche Kräfte sind mit der Beschränkung auf rein katechetische, caritative und sakrale Handlungen nicht zufrieden. Solche Kräfte werden die führende Rolle von Partei und Staat, den ihnen zugewiesenen Platz und den entsprechenden Konsens mit dem sozialistischen Staat mehr aus taktischen Gründen angesichts eines für sie ungünstigen Kräfteverhältnisses, nicht aber generell akzeptieren. Diese Personen stellen somit ein Reservoir des Gegners dar, das er im Rahmen seiner subversiven Angriffe zielgerichtet nutzt, um z. B. den kirchlich gebundenen Bürgern der DDR zu suggerieren, dem Staat müßten mehr Zugeständnisse zur Kompetenz der Kirchen abgerungen werden. So versucht der Gegner im Zusammenspiel mit reaktionären kirchenleitenden Kräften und anderen inneren Feinden unter Mißbrauch der Möglichkeiten kirchlicher Einrichtungen in der DDR unter dem Deckmantel des Kampfes für Frieden und Abrüstung sowie der Sorge um die Erhaltung der natürlichen Umwelt eine sogenannte staatlich unabhängige Friedensbewegung zu etablieren und diese mit weiteren antisozialistischen Kräften und sogenannten alternativen Initiativen zu verbinden. Auf diese Weise soll sich die Kirche letztlich zu einem gesellschaftspolitischen Faktor in Konfrontation zur Partei der Arbeiter-